

Exporte ohne Sühne?

Roland Döhrn

Außenhandelsüberschüsse in der Eurozone

RWI Position #55, 13. Dezember 2013

ZUSAMMENFASSUNG

Deutschland sieht sich derzeit mit Forderungen konfrontiert, seine Außenhandelsüberschüsse durch eine Stimulierung der Binnennachfrage zu verringern. Das ist jedoch nicht zielführend. Denn als Mitglied der Eurozone hat die deutsche Regierung die wichtigste Einflussgröße außenwirtschaftlicher Salden, den Wechselkurs, aus der Hand gegeben. Handelsbilanzen innerhalb der Eurozone müssen daher anders bewertet werden als jene gegenüber Drittländern. Innerhalb eines funktionierenden Binnenmarktes spiegeln nationale Leistungsbilanzen vor allem Unterschiede der Wettbewerbsfähigkeit und der regionalen Spezialisierung wider. Es ist eines der Hauptziele von Binnenmarkt und Währungsunion, die Vorteile dieser Arbeitsteilung zwischen Unternehmen und Ländern in der EU zu realisieren. Zudem ist eine Angleichung der realwirtschaftlichen Bedingungen in der Eurozone absehbar. Bis diese Entwicklung eine deutliche Verringerung der Unterschiede in den Leistungsbilanzen bewirkt hat, sind Kapitalströme von Überschuss- in Defizitländer weiterhin notwendig. Diese erfolgen weitgehend automatisch über eine Vielzahl privatwirtschaftlicher aber auch über öffentliche Kanäle. Zusätzliche Maßnahmen auf der Nachfrageseite anzusetzen ist jedoch weder notwendig noch sinnvoll.

AUTOR



Roland Döhrn

Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“ am Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) und Honorarprofessor am Lehrstuhl Ökonometrie der Universität Duisburg-Essen
Kontakt: roland.doehrn@rwi-essen.de

SUMMARY

Recently, Germany has been urged to reduce its foreign trade surplus by stimulating domestic demand. However, this measure is not conducive to success. As a member of the eurozone, the German government has surrendered its most powerful determinant on foreign balances - the exchange rate. Therefore, trade balances within the eurozone should be assessed from a different angle compared to those of third countries. In a well-functioning single market, national account balances reflect, above all, differences in competitiveness and regional specialization. It is one of the main goals of the single market and the monetary union to reap the benefits that result from the division of labor between enterprises and countries in the EU. Besides, structural adjustments of the real economy in the eurozone are getting under way. However, until this development has led to a sizeable reduction in differences between national account balances will capital flows from surplus countries to deficit countries be necessary. Those capital flows are processed through a variety of private and public channels. Additional measures on the demand side are, therefore, neither necessary nor useful.

RÉSUMÉ

Récemment, l'Allemagne a été sommée de réduire l'excédent de sa balance commerciale par le biais d'une stimulation ciblée de la demande domestique. Cependant, une telle mesure n'est pas prometteuse. Étant un membre de la zone euro, le gouvernement allemand a cédé la plus importante capacité pour influencer sa balance commerciale - le cours du change. En conséquence, les bilans commerciaux entre les pays au sein de la zone euro exigent une appréciation différente en comparaison avec les bilans vis-à-vis des pays tiers. Dans un marché unique qui fonctionne bien, les bilans commerciaux des pays membres, considérées isolément, reflètent avant tout les différences structurelles concernant la compétitivité individuelle et la spécialisation régionale. En effet, il est un objectif primordial de la marché unique et de l'union monétaire d'exploiter les bénéfices qui dérivent de la division du travail parmi les entreprises et les économies nationales au sein de l'UE. Au-delà, des rajustements structurels dans l'économie réelle ont déjà commencés. Encore faut-il que ces rajustements opèrent une réduction considérable des déséquilibres commerciaux au sein de la zone euro. Jusque-là, les flux de capitaux en provenance des pays excédentaires en direction des pays déficitaires resteront indispensables. Ces flux s'effectuent par les biais d'un nombre des chaînes diverses, privées et publiques. En Allemagne, des mesures additionnelles qui visent le côté de la demande sont ni nécessaires, ni raisonnables.

IMPRESSUM

Herausgeber

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung (RWI)

Hohenzollernstr. 1-3
45128 Essen
Fon: +49 (0) 201-8149-0

Büro Berlin

Invalidenstr. 112
10115 Berlin

ISBN 978-3-86788-520-1

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2013

www.rwi-essen.de/positionen

Schriftleitung

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktion und Ansprechpartner

Nils aus dem Moore (verantwortlich)
Fon: +49 (0) 30-2 02 15 98-15
nils.ausdemmoore@rwi-essen.de

Katja Fels
positionen@rwi-essen.de

Lektorat

Claudia Schmiedchen

Layout und Gestaltung

Julica Bracht & Daniela Schwindt

1. FORDERUNGEN AN DEUTSCHLAND UND IHRE FOLGEN

In den vergangenen Monaten ist vermehrt Kritik an den dauerhaft hohen Außenhandelsüberschüssen Deutschlands laut geworden – jenseits des Atlantiks (U.S. Department of Treasury 2013) wie auch von Seiten der EU-Kommission, die im Rahmen ihrer Überwachungen makroökonomischer Ungleichgewichte insbesondere den hohen Leistungsbilanzüberschuss einer genaueren Überprüfung unterziehen will (EC 2013). Die Forderung beider Berichte lautet, Deutschland müsse – und es klingt unüberhörbar mit – endlich seine Binnennachfrage stimulieren, um so zu einem größeren Handelsgleichgewicht in Europa und weltweit beizutragen. Nun ist nicht zu bestreiten, dass der deutsche Leistungsbilanzüberschuss ungewöhnlich hoch ist, er dürfte 2013 mehr als 7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen. Auch ist wohl die Sorge berechtigt, dass ein Überschuss in dieser Höhe auf Dauer nicht tragfähig ist. Zweifel sind jedoch angebracht, ob das Problem so leicht zu lösen ist, wie dies vonseiten der Kritiker suggeriert wird.

Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss ist ungewöhnlich hoch. Er dürfte im Jahr 2013 mehr als 7% des BIP betragen. Auf Dauer wäre ein derartiger Überschuss nicht tragfähig.

In einem marktwirtschaftlichen System ist es keineswegs einfach, die Binnennachfrage zu steigern. Für manche der Deutschland-Kritiker ist – so hat es zumindest den Anschein – „Stärkung der Binnennachfrage“ ein Synonym für „Löhne rauf“. Denn kreditfinanzierte staatliche Ausgabenprogramme kommen nicht in Frage, um die Nachfrage dauerhaft zu stimulieren, weil sie nationalen und europäischen Haushaltsregeln zuwider laufen. Höhere Löhne – so die Erwartung – würden die Einkommen stärken und zugleich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit vermindern, und beides würde auf einen geringeren Handelsüberschuss hinwirken. Ob dies gelingen kann, ist freilich zweifelhaft. Erstens können Löhne, jedenfalls oberhalb von staatlich definierten Lohnuntergrenzen, nicht per Gesetz verordnet werden. Zweitens ist selbst dann, wenn es durch entsprechende staatliche Rahmensetzungen wie der Einführung von Mindestlöhnen oder neuer Regulierungen zu einem Lohnanstieg kommt, unklar, ob dieser zu einer höheren Nachfrage führt, weil zugleich die Beschäftigung durch solche Maßnahmen sinken dürfte.¹

Aber selbst wenn es der deutschen Wirtschaftspolitik auf wundersame Weise gelänge, die Gesamtnachfrage dauerhaft zu steigern, wäre die Wirkung einer derartigen Politik auf den Leistungsbilanzsaldo dennoch fraglich, zumindest wenn dieser kurzfristig verringert werden soll. Denn die Preiselastizität der Nachfrage nach deutschen Exportgütern ist offenbar vergleichsweise gering: Auch wenn deutsche Produkte teurer werden, sinkt die Nachfrage nach ihnen nicht im gleichen Ausmaß (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

¹ Vgl. Kluve, Jochen (2013): So hoch wie möglich, so niedrig wie nötig: Was ist der optimale Mindestlohn? RWI Positionen #53. http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/rwi-positionen/Pos_053_Mindestlohn.pdf

2011: 59-63). Dadurch kann der sogenannte J-Kurven-Effekt dazu führen, dass sich die Leistungsbilanz bei steigenden Kosten und Preisen kurzfristig sogar verbessert. Zugleich trägt gerade die Nachfrage der privaten Haushalte wenig zum deutschen Import bei: Der Anteil direkter Importe am privaten Konsum beträgt lediglich rund 10%. Zum Vergleich: Die zur inländischen Produktion von Exportgütern benötigten Importe sind mit etwa 20% doppelt so hoch (Tabelle 1).

Tabelle 1

Importanteile der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts

2007 bis 2009, in % der letzten Verwendung

	2007	2008	2009
direkte Importe			
Private Konsumnachfrage	9,5	10,8	9,7
Staatskonsum	1,6	3,1	1,9
Ausrüstungsinvestitionen	30,9	37,3	30,2
Bauinvestitionen	2,0	2,8	2,8
Exporte	15,8	16,6	19,2
direkte und indirekte Importe			
Private Konsumnachfrage	20,2	21,0	19,4
Staatskonsum	8,7	9,1	8,1
Ausrüstungsinvestitionen	46,8	51,5	44,6
Bauinvestitionen	15,5	15,5	14,8
Exporte	42,2	41,3	41,2

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben der Input-Output-Rechnungen des Statistischen Bundesamtes.

Einen anderen Vorschlag, wie der deutsche Außenhandelsüberschuss verringert werden könnte, hat der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, Olli Rehn (2013), vorgebracht: Er empfiehlt Deutschland mit Verweis auf eine sinkende volkswirtschaftliche Investitionsquote mehr zu investieren.² Doch auch diese Maßnahme wäre zu kurz gegriffen. Mehr Investitionen würden zwar die Importe kurzfristig stimulieren, da der (direkte und indirekte) Importanteil bei Ausrüstungsgütern mit fast 50% sehr hoch ist. Die langfristigen Auswirkungen auf die Leistungsbilanz sind aber unklar. Einerseits würden das Produktionspotenzial und damit auch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dauerhaft steigen. Andererseits muss damit gerechnet werden, dass durch modernere Produktionskapazitäten und eine verbesserte staatliche Infrastruktur die Transaktionskosten der Unternehmen sinken, was die deutschen Exporte auf mittlere Sicht wieder fördern würde.

² Eine interessante Randnotiz zur Investitionsschwäche Deutschlands ist, dass diese in den vergangenen Jahren allem Anschein nach auch die Folge einer hohen Unsicherheit auf Seiten der Unternehmen war (SVR 2013: 81-83). Diese Unsicherheit dürfte insbesondere mit den unklaren Perspektiven zur Zukunft des Euro-Raums zusammenhängen.

Die Liste der Einwände gegen die geforderte Verringerung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses lässt sich noch erweitern. So fragt man sich, was es für die Exporte und die Wettbewerbsfähigkeit im übrigen Euro-Raum bringen soll, wenn Deutschland seinen Handelsüberschuss verringert. Die Wirtschaft vieler Länder, insbesondere in Osteuropa, profitiert als Zulieferer stark vom deutschen Export, was u.a. daran abzulesen ist, dass der direkte und indirekte Importanteil bei deutschen Exportgütern über 40% liegt. Ein langsamerer Anstieg oder gar ein Rückgang des deutschen Exports hätte also auch für andere EU-Länder spürbar negative Folgen.

Was soll es denn bringen, wenn Deutschland seinen Handelsüberschuss verringert? Ein Rückgang des deutschen Exports hätte für viele EU-Länder spürbar negative Folgen.

Auch sind die Empfehlungen der EU-Kommission bisweilen widersprüchlich: Wie Gros und Busse (2013) herausstellen, rät sie Deutschland zu einer Liberalisierung des Dienstleistungssektors, um damit die Importe anzuregen, während sie Ländern mit Außenhandelsdefiziten das Gleiche empfiehlt, um ihre Exporte zu fördern. All dies scheint auf eines hinzudeuten: Die Annahme, der deutsche Leistungsbilanzüberschuss sei primär auf eine Nachfrageschwäche zurückzuführen, erklärt allenfalls einen Teil des Problems.

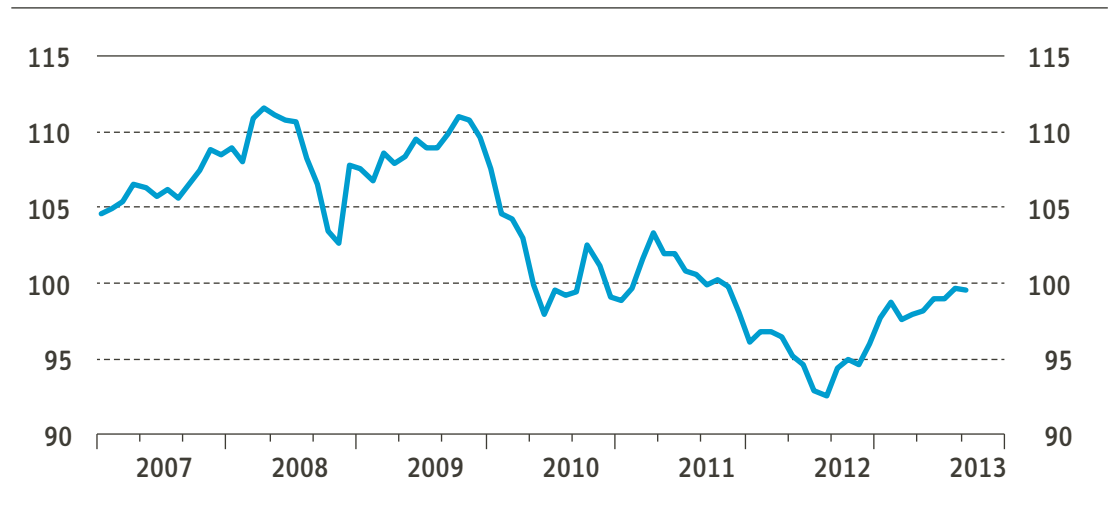
2. AUSWIRKUNGEN DER WÄHRUNGSUNION AUF DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE HANDLUNGSFÄHIGKEIT DER DEUTSCHEN POLITIK

Was offenbar die meisten Kritiker Deutschlands vergessen: Deutschland ist Teil einer Währungsunion. Damit hat die Bundesrepublik allenfalls indirekt Einfluss auf die wichtigste Einflussgröße außenwirtschaftlicher Salden: den Wechselkurs. Hinzu kommt, dass Deutschland Teil eines Binnenmarktes ist, der mit dem Ziel eingeführt wurde, die europäische Wirtschaft effizienter zu machen. Dadurch konnte sich in Europa eine deutlich intensivere Arbeitsteilung zwischen Unternehmen, aber auch zwischen Ländern herausbilden. Dies ermöglichte die intendierte Nutzung von Spezialisierungs- und Größenvorteilen, hatte aber auch die Nebenwirkung, dass wettbewerbsfähige Industrien zunehmend ungleich im Raum verteilt sind. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die heutige Situation von Deutschland gegenüber Ländern wie China und Japan, die ebenfalls hohe Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen oder in der Vergangenheit aufgewiesen haben. Das Symptom – ein hoher Leistungsbilanzüberschuss – ist zwar identisch, aber die Ursachen sind grundverschieden. Dieser Aspekt wird von vielen Deutschland-Kritikern, insbesondere jenseits des Atlantiks, leider weitgehend ignoriert.

Schaubild 1

Realer effektiver Wechselkurs des Euro³

2007 bis 2013, Januar 1999 = 100



Quelle: Eigenes Schaubild nach Angaben der EZB.

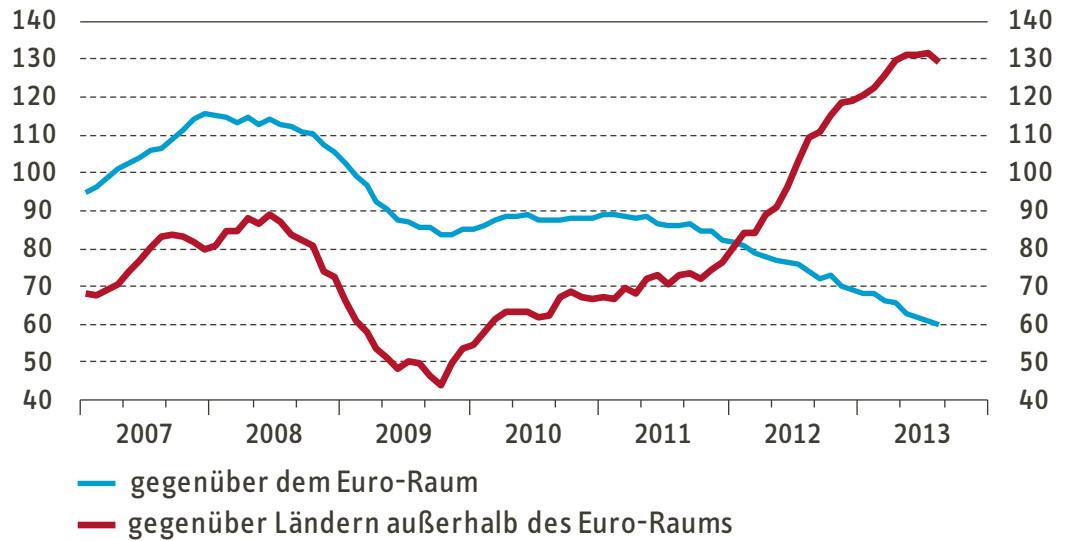
Seit der Finanzkrise wird der Euro gegenüber anderen Währungen deutlich niedriger bewertet, ablesbar in der Entwicklung des realen effektiven Wechselkurses (Schaubild 1). Dessen Abwertung im Winterhalbjahr 2008/09 dürfte vor allem Ausdruck einer Flucht der Anleger in einen „sicheren Hafen“ – den US-Dollar – gewesen sein. Wie in anderen Krisen gewann der US-Dollar deutlich an Wert gegenüber den meisten anderen Währungen. Der Effekt wirkte aber nur kurzfristig. Eine zweite deutliche Abwertung erfuhr der Euro im Winterhalbjahr 2009/10, und es liegt nahe, dass diese im Zusammenhang mit den deutlicher zu Tage tretenden Problemen einiger Länder des Euroraums erfolgte. Erst im Winter 2012/13 wertete der reale effektive Wechselkurs wieder etwas auf, was damit zusammenhängen dürfte, dass ab diesem Zeitpunkt fundamentale Probleme der US-amerikanischen Wirtschaft stärker öffentlich diskutiert wurden. Aber auch zuletzt war der Euro effektiv noch um gut 10% niedriger bewertet als vor der Finanzkrise. Die reale Abwertung des Euro trug wesentlich dazu bei, dass der Überschuss Deutschlands im Handel mit Ländern außerhalb des Euroraums deutlich zunahm (Schaubild 2). Der Handelsüberschuss gegenüber Euro-Ländern verringerte sich im gleichen Zeitraum deutlich. Auch die Leistungsbilanz des Euroraums insgesamt, die bis 2012 annähernd ausgeglichen war, verbesserte sich aufgrund der niedrigen Bewertung des Euro zuletzt spürbar (Schaubild 3).

³ Gegenüber 21 Industrieländern, deflationiert mit Verbraucherpreisen.

Schaubild 2

Saldo der deutschen Handelsbilanz nach Regionen

2007 bis 2013, in Mrd. Euro, gleitende Summen über zwölf Monate

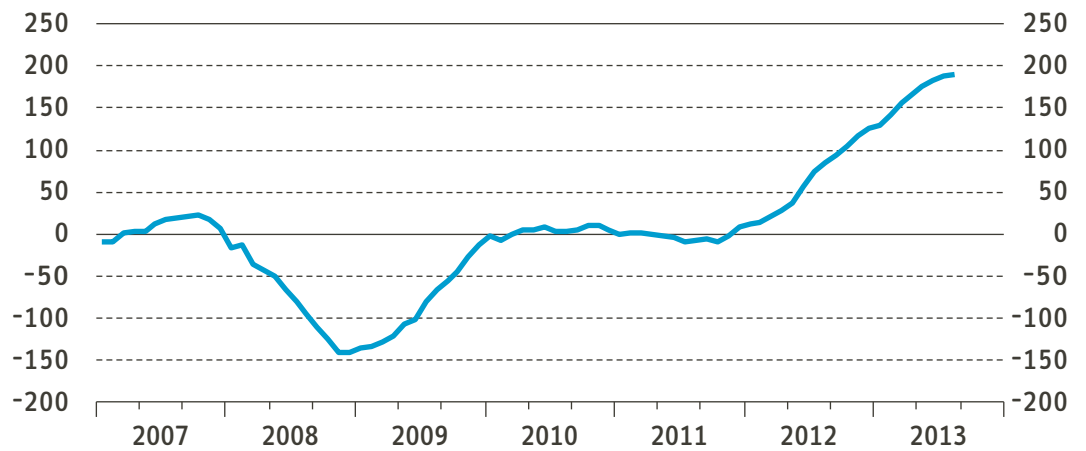


Quelle: Eigenes Schaubild nach Angaben der Deutschen Bundesbank.

Schaubild 3

Saldo der Leistungsbilanz des Euro-Raums

2007 bis 2013, in Mrd. Euro, gleitende Summen über zwölf Monate



Quelle: Eigenes Schaubild nach Angaben der EZB.

3. EINGRENZUNG DES PROBLEMS

Die erste Frage, die bei Betrachtung des deutschen Außenhandelsüberschusses und seiner Folgen daher gestellt werden muss, lautet: Wie relevant sind außenwirtschaftliche Salden eines Teils einer Währungsunion überhaupt, insbesondere in Anbetracht einer im Rahmen des Binnenmarktes entstandenen Arbeitsteilung? Niemand in Deutschland würde beispielsweise einen Leistungsbilanzüberschuss Bayerns gegenüber anderen Bundesländern thematisieren und von der bayerischen Landesregierung eine Verringerung verlangen. Dieses Szenario erscheint sogar so abwegig, dass es nicht einmal den Versuch gibt, Leistungsbilanzsalden deutscher Bundesländer zu ermitteln. Die zweite Frage lautet: Wenn die einzelnen Mitglieder einer Währungsunion die „Herrschaft“ über den Wechselkurs verloren haben, wie sollen – und vor allem: wie können – Einzelstaaten dann mit Ungleichgewichten der Leistungsbilanz umgehen?

Niemand würde einen Überschuss Bayerns gegenüber anderen Bundesländern thematisieren und von der bayerischen Landesregierung eine Verringerung verlangen.

Um den Hintergrund dieser Fragen zu verstehen, übertragen wir das Problem gedanklich auf das föderal organisierte Deutschland – also auf einen voll funktionsfähigen Binnenmarkt aus verschiedenen Bundesländern zwischen denen der Wechselkurs nicht verändert werden kann. Nehmen wir zur Vereinfachung darüber hinaus an, in Deutschland würden nur Automobile produziert, und zwar mit einer klaren regionalen Spezialisierung: Oberklassefahrzeuge vor allem in Süddeutschland und Mittelklasse-Fahrzeuge eher in Norddeutschland. Nun unterstellen wir weiter, dass weltweit die Einkommen steigen und die Nachfrage nach Fahrzeugen der oberen Klasse zunimmt, während gleichzeitig immer mehr Länder technologisch in der Lage sind, Mittelklassefahrzeuge zu produzieren und damit in Konkurrenz zu norddeutschen Anbietern treten. In der Konsequenz würde Süddeutschland (auch im Verhältnis zu seinen Importen) deutlich mehr exportieren als Norddeutschland – es hätte einen Leistungsbilanzüberschuss und Norddeutschland ein Defizit. Die gesamtdeutsche Leistungsbilanz könnte dabei sogar ausgeglichen sein, wenn der süddeutsche Handelsbilanzüberschuss etwa in gleicher Höhe wie das norddeutsche Defizit wäre.

Was wäre die Konsequenz einer solchen (durch den weltweiten Handel hervorgerufenen) Entwicklung? Würde man von Süddeutschland einen Abbau seines Leistungsbilanzüberschusses verlangen? Höchstwahrscheinlich nicht, weil es innerhalb eines Bundesstaates zahlreiche Mechanismen gibt, die in dieser Situation ausgleichend wirken: Wenn in Norddeutschland die Arbeitslosigkeit zunähme, würden Arbeitskräfte nach Süddeutschland wandern. Zugleich würden die Kosten der Arbeitslosigkeit auf Gesamtdeutschland umgelegt. Auch würde eine steigende Arbeitslosigkeit in Norddeutschland zunehmend

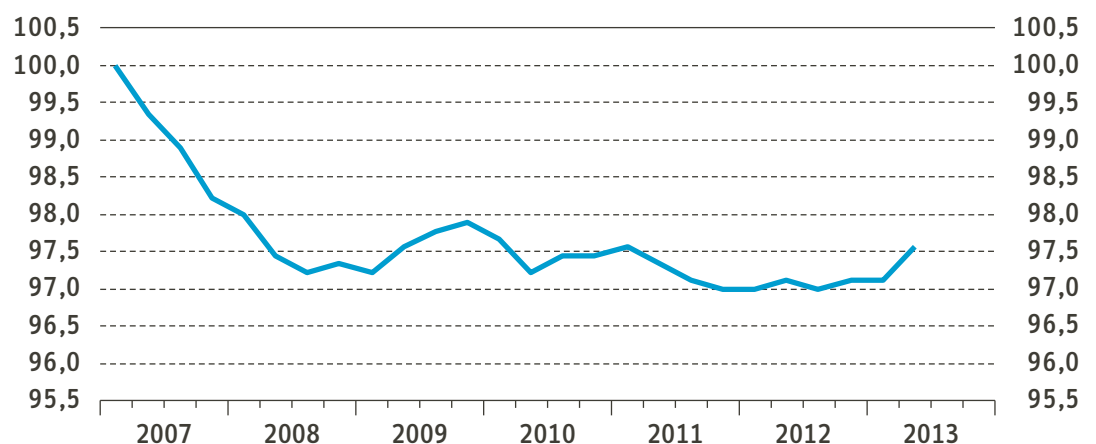
Druck auf die regionalen Löhne ausüben; Norddeutschland würde damit real abwerten und seine Produzenten an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Die sinkenden Arbeitskosten könnten süddeutsche Produzenten dazu veranlassen, Produktionsstätten für Oberklassefahrzeuge in Norddeutschland zu errichten. Zusätzlich käme es zu einem föderalen Finanzausgleich und der Süden würde einen Teil seiner Steuereinnahmen an den Norden abgeben.

Einige dieser Ausgleichsmechanismen wirken auch in der Europäischen Währungsunion. So hat sich die Wanderung von Arbeitnehmern aus Ländern mit hoher und steigender Arbeitslosigkeit nach Deutschland verstärkt (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2013: 66-72; SVR 2013: Kasten 17, 280-282). Zugleich steigen die Löhne in Deutschland stärker als in anderen Ländern der Eurozone, besonders im Vergleich zu Südeuropa. Dadurch wertet Deutschland innerhalb der Währungsunion real auf. Dieser Effekt konnte bislang nicht in vollem Umfang wirken, weil in den Krisenländern zugleich die Kapazitätsauslastung gefallen ist, was für sich genommen die Lohnstückkosten erhöht. Immerhin hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber dem Rest des Euroraums seit Mitte des Jahres 2008 nicht mehr verbessert; gegenwärtig ist sie sogar etwas schlechter (Schaubild 4). Diese Anpassungsmechanismen wirken allerdings nur langsam, zumal der erste Mechanismus – steigende Migration – die Wirkungen des zweiten Mechanismus – Lohnanpassungen und reale Aufwertung – für sich genommen verringert.

Schaubild 4

Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber Ländern des Euro-Raums⁴

2007 bis 2013, Erstes Quartal 2007 = 100



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben der EZB.

⁴ Deflationiert mit Preisen des Gesamtabsatzes.

Die anderen im Beispiel der deutschen Bundesländer geschilderten Ausgleichsmechanismen greifen im Euroraum hingegen nicht oder nur marginal, weil die EU – zumindest von ihrer Anlage her – keine Transferunion ist. Daher werden, anders als in einem Bundesstaat, weder die Kosten der Arbeitslosigkeit auf die gesamte Gemeinschaft umgelegt, noch gibt es einen Ausgleich für Unterschiede in der Steuerkraft. Hierfür gibt es gute Gründe: Jedes EU-Mitgliedsland ist (anders als die Bundesländer) nach wie vor weitgehend unabhängig in der Gestaltung seiner wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, etwa hinsichtlich der Regulierung seines Arbeitsmarktes oder der Festlegung seiner Steuerbelastung. Ein europäisches Umlagesystem wäre daher mit einem erheblichen Anreizproblem („*moral hazard*“) verbunden. Denn die Nettozahlerländer hätten keinen Einfluss darauf, wie die Nettoempfängerländer ihre Wirtschaftspolitik gestalten und dadurch ihre Steuereinnahmen beeinflussen würden.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Aus den vorangehenden Analysen ergibt sich eine Reihe von Schlussfolgerungen: Erstens sollte man sehr genau zwischen den Salden innerhalb der Eurozone und jenen gegenüber Drittländern unterscheiden. Leistungsbilanzen einzelner Euro-Länder gegenüber dem Rest der Welt verlieren dabei an Aussagekraft, je weiter der Integrationsprozess im Euroraum fortschreitet. Zweitens muss innerhalb des Euroraums sehr viel stärker mit ins Kalkül einbezogen werden, wie weit Überschuss- und Defizitpositionen der natürliche Reflex einer ungleichen geographischen Verteilung von wettbewerbsfähigen Industrien innerhalb der Währungsunion sind. Hier kollidiert die Idealvorstellung ausgeglichener Leistungsbilanzen zwischen den Ländern der Eurozone mit jenen Hoffnungen und Erwartungen, die man an den Binnenmarkt geknüpft hatte.

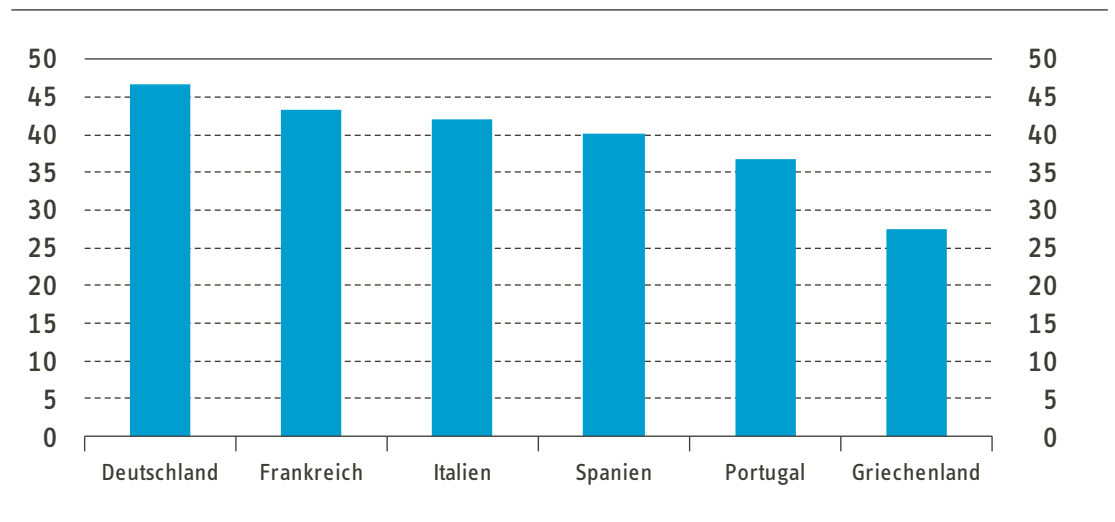
Der Einfluss der Arbeitsteilung in der Eurozone auf die Exporttätigkeit der Mitgliedstaaten ist keineswegs trivial.

Das Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes bestand ja gerade nicht darin, identische Produktionsstrukturen in allen Ländern zu schaffen, sondern die Nutzung von Größenvorteilen zu stärken. Letzteres ist aber ohne eine stärkere Spezialisierung der einzelnen Volkswirtschaften und ohne eine Konzentration der jeweiligen Produktion auf eine geringere Zahl von Standorten nicht zu erreichen. Dass der Einfluss dieser Arbeitsteilung auf die Exporttätigkeit keineswegs trivial ist, verdeutlicht folgende Berechnung für Deutschland: Im Durchschnitt beträgt hierzulande der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes 46,5%. Unterstellt man nun, in Deutschland entspräche – bei unveränderter Exportneigung der einzelnen Branchen – die sektorale Zusammensetzung der Wirtschaft derjenigen in Frankreich, so würde sich die Exportquote auf 43,1% verringern (Schaubild 5).

Schaubild 5

Hypothetische Exportquote¹ des deutschen Verarbeitenden Gewerbes unter Zugrundelegung der sektoralen Spezialisierungsmuster ausgewählter europäischer Länder

2011, in %



Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und von Feri.

¹Auslandsumsatz in Relation zum gesamten Umsatz; berechnet auf Grundlage von 20 Branchen.

Dies liegt daran, dass in Frankreich exportintensive Branchen weniger stark vertreten sind als hierzulande und auf den Inlandsabsatz ausgerichtete Sektoren dort eine größere Bedeutung haben. Legt man der gleichen Beispielrechnung die Struktur der Industrie Griechenlands zu Grunde, sinkt die Exportquote sogar auf 27,4%.

Neue Industrien müssen entstehen und bestehende ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Das erfordert Zeit.

Solche realwirtschaftlichen Unterschiede erklären einen Teil der Ungleichgewichte. Sie sind nicht in Stein gemeißelt, sondern können sich durch exogene Faktoren verändern, etwa wenn die Nachfrage nach manchen Produkten aus technologischen Gründen sinkt oder wenn neue Wettbewerber am Weltmarkt auftreten. Ansonsten wandeln sich solche Vor- und Nachteile nur langsam, nämlich in dem Maße, in dem neue Industrien entstehen oder existierende ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Diese internen Anpassungsprozesse brauchen Zeit. Daher müssen die derzeitigen Ungleichgewichte in der Realwirtschaft noch über einen längeren Zeitraum durch gegenläufige Kapitalströme kompensiert werden. Im Idealfall erfolgt der Ausgleich der Zahlungsbilanz durch privates Kapital. Bei Auslandsinvestitionen besteht freilich das Risiko, dass diese Anlagen schlechte Renditen abwerfen. Dies haben beispielsweise jene Akteure

erlebt, die über strukturierte Papiere in den US-Immobilienmarkt investiert hatten oder zuletzt im Zuge der Schuldenschnitte für Griechenland auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten mussten.

Bleiben vor dem Hintergrund derartiger Erfahrungen privatwirtschaftliche Kapitalströme im benötigten Umfang aus, so bestehen in der Eurozone grundsätzlich mehrere Möglichkeiten, diese durch öffentliche Kapitalströme zu ergänzen. Einerseits kann die EZB für einen Zustrom frischen Kapitals in die Defizitländer sorgen. Dies geschieht derzeit in großem Umfang – allerdings mit der Folge, dass die EZB sich nicht vollständig auf ihr eigentliches Ziel, die Wahrung der Preisstabilität, konzentrieren kann. Als zweite Möglichkeit könnte es zu direkten Transferzahlungen innerhalb der EU kommen, die es bereits jetzt als Notstandsmaßnahme in Gestalt des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) gibt. Der endgültige Schritt hin zu einer Transferunion wäre gemacht, wenn man automatisierte Ausgleichsmechanismen wie eine europäische Arbeitslosenversicherung (Dullien 2008) etablieren würde.

Realwirtschaftlich determinierte Ungleichgewichte können nur auf der Angebotsseite abgebaut werden. Dabei ist man schon ein Stück vorangekommen.

Eine auf den ersten Blick vielversprechende Alternative zu diesen mit offensichtlichen Nachteilen behafteten Optionen ist der Vorschlag eines Vermögensbildungsfonds für Deutschland (Gros und Mayer 2013). Dieser würde den de facto bereits existierenden „Staatsfonds wider Willen“ von Bundesregierung und Bundesbank schrittweise ersetzen, über den deutsche Überschussersparnisse derzeit in finanzschwachen Staaten und Banken der Eurozone angelegt werden. Konkret plädieren Gros und Mayer dafür, im Inland langlaufende Anleihen zur privaten Altersvorsorge mit einem garantierten positiven Realzins anzubieten und die aufgenommenen Mittel dann langfristig in Beteiligungen an Unternehmen und öffentlicher Infrastruktur im In- und Ausland zu investieren. Es ist allerdings eine offene Frage, ob die Manager eines solchen Staatsfonds letztlich klüger mit dem ihnen anvertrauten Geld umgehen als die privaten Akteure.

Maßnahmen zum Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten innerhalb der Währungsunion hauptsächlich auf der Nachfrageseite anzusetzen, wie es unter anderem die EU-Kommission und das US-Finanzministerium favorisieren, hilft hingegen nicht weiter. Realwirtschaftlich determinierte Ungleichgewichte können nur auf der Angebotsseite abgebaut werden. Hier ist man auch schon ein Stück vorangekommen: So sind in den meisten Defizitländern die Lohnstückkosten deutlich gesunken, was ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöht und sie für Investoren attraktiver gemacht hat.

Bis sich jedoch strukturelle Änderungen auf der Angebotsseite in den Leistungsbilanzen bemerkbar machen, vergeht Zeit. Und gänzlich verschwinden werden außenwirtschaftliche Überschüsse oder Fehlbeträge zwischen den Regionen eines integrierten Wirtschaftsraumes nie. Das sollten sie aber auch nicht, weil ansonsten auf mögliche Spezialisierungsvorteile und die resultierenden Wohlstandsgewinne verzichtet würde.

5. LITERATUR

EC – European Commission (2013), Alert Mechanism Report 2014. Report from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Central Bank, and the European Economic and the European Social Committee. COM (2013) 790 final. Brussels.

Dullien, S. (2008), Eine Arbeitslosenversicherung für die Eurozone – Ein Vorschlag zur Stabilisierung divergierender Wirtschaftsentwicklungen in der Europäischen Währungsunion, SWP-Studie 1, Berlin.

Gros, D. und M. Busse (2013), The Macroeconomic Imbalance Procedure and Germany: When is a surplus an „imbalance?“. CEPS Policy Brief 30. Brussels.

Gros, D. und Th. Mayer (2013), Ein Vermögensbildungsfonds für Deutschland. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. November 2013, Die Ordnung der Wirtschaft, S. 12.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2011), Aufschwung setzt sich fort – Europäische Schuldenkrise noch ungelöst. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011. Halle.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2013), Konjunktur zieht an – Haushaltsüberschüsse sinnvoll nutzen. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2013. Essen.

Rehn, O. (2013), Was Haushaltsüberschüsse mit dem Euro zu tun haben. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. November 2013.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2013), Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik. Jahresgutachten 2013/14. Wiesbaden.

U.S. Department of Treasury (2013), Report to Congress on International Economic and Exchange Rate Policies. October 30, 2013. Washington D.C.

ZULETZT ERSCHIENENE RWI POSITIONEN

- #54 Research With Impact: Forschung und Politikberatung am RWI
- #53 Was ist der optimale Mindestlohn? So hoch wie möglich, so niedrig wie nötig
- #52 Improved Cooking Stoves that End up in Smoke?
- #51 Im Zweifel für die Freiheit: Tarifpluralität ohne Chaos
- #50 Der Markt macht's: Hohe Benzinpreise sind kein Grund für politischen Aktionismus
- #49 Ernsthafte Konsolidierung muss Priorität der neuen NRW-Landesregierung werden
- #48 Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz: Richtung richtig, Umsetzung unklar
- #47 Der NRW-Haushalt für das Jahr 2011: Scheinerfolge bei der Konsolidierung
- #46 Der Weg zu nachhaltigen Finanzen: Weniger Soziales, mehr Investitionen
- #45 Die Kosten des Klimaschutzes am Beispiel der Strompreise
- #44 Perspektiven des Gesundheitssektors: Wachstumsmotor oder Milliardengrab?
- #43 Wer trägt den Staat?
- #42 Wirtschaftsleistung, Wertschöpfung und Wachstumspotenziale in Deutschland

www.rwi-essen.de/positionen

RWI – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (RWI) ist eines der führenden Zentren für wissenschaftliche Forschung und evidenzbasierte Politikberatung in Deutschland. Das Institut ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Es wurde 1926 gegründet und arbeitet seit 1943 in rechtlicher Selbständigkeit. Das RWI stützt seine Arbeiten auf neueste theoretische Konzepte und aktuelle empirische Methoden. In fünf Kompetenzbereichen werden ökonomische Zusammenhänge auf allen Ebenen erforscht – vom Individuum bis zur Weltwirtschaft. Die individuelle Prosperität steht in den Kompetenzbereichen „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“ sowie „Gesundheit“ im Vordergrund. Unternehmen und Märkte werden in „Unternehmen und Innovation“ sowie „Umwelt und Ressourcen“ untersucht. Der Kompetenzbereich „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“ analysiert gesamtwirtschaftliche Fragestellungen. Das „Forschungsdatenzentrum Ruhr am RWI“ (FDZ Ruhr) versorgt die Wissenschaftler mit aktuellsten Methoden und Zahlen. Das RWI veröffentlicht Forschungsergebnisse und Beiträge zur Politikberatung in verschiedenen Publikationsreihen. Weitere Informationen im Internet unter: www.rwi-essen.de